

Saale-Beitung.

Zweilundvierzigster Jahrgang.

Angaben

werden die Expeditionen... Saale-Beitung... Halle a. S., Leipziger Str. 590 u. 591.

Nr. 169.

Halle a. S., Donnerstag, den 9. April

1908.

Schutz und Freihandel in England.

Die liberale Regierung in England scheint leider schon an Sympathien im Volke zu verlieren. Eine Reihe von Nachwahlen hat ihr den Verlust verschiedener Sitze gebracht, und die Unionisten, die im Januar 1906 eine nahezu vernichtende Niederlage erlitten hatten, fangen an wieder aufzukommen. — Die Gründe, aus denen das Erbfeind des liberalen Sternes zu erklären ist, sollen hier nicht im einzelnen erörtert werden. Das gewöhnliche Selbstbewußtsein der Labour-Party, die Frauenkimbewegung, die Krankheit des Ministerpräsidenten, Meinungsverschiedenheiten in Rüstungsfragen und andere Dinge mehr beeinträchtigen die Stoffkraft der englischen Liberalen. Natürlich ist es keineswegs sicher, daß nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode die Konservativen wieder ans Ruder kommen, aber man muß doch mit dieser Eventualität rechnen, und das heißt, sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch die Schutzfrage wieder akut wird.

Zum Glück gibt es nun aber auch im Lager der Unionisten Freihändler, die die Anhänger Chamberlains und Balfours nicht so ohne weiteres über den Laufen rennen können. Allerdings hat der Tod in den letzten Jahren in diese Reihen Lücken gerissen, es ging Lord Goschen, Lord Ritchie und neuerdings der Herzog von Devonshire der Gruppe verloren, aber es finden sich doch immer wieder Persönlichkeiten, die bereit sind, sich in die Front zu stellen. So hat neuerdings Lord Cromer, der bis vor kurzem Gouverneur in Indien war, ein Bekenntnis zu den Ideen des Freihandels abgelegt und bei einem Meeting in Manchester auch ebenso lebhaft wie eindringlich die auf Einführung von Vergeltungszöllen gerichteten Pläne Balfours bekämpft. Was Lord Cromer sagt, gilt nicht nur für englische Verhältnisse, sondern hat überall dort seine Bedeutung, wo der Protektionismus mit der Notwendigkeit Vergeltung zu überwinden muß. Um mit diesem System Erfolg zu haben, so führt er aus, müssen wir unseren Feind hart anfasseln und ihn dort treffen, wo er am meisten verwundbar ist. Und seine verwundbarste Stelle ist gleichzeitig auch die unsere, weil uns am meisten an dem Erwerb der Waren liegt, die er am liebsten verkaufen will. Und wenn wir unserem Gegner so lange und so hart zusetzen haben, daß er um Frieden bittet, kann werden wir erkennen, daß die Zölle, die zum Zweck der Wiedergeltung aufgelegt waren, in der Praxis Protektionisten geworden sind. Schwache Industriekriege sind unter ihrem Schutz in die Höhe gekommen, und Kapitalisten haben ihr Geld auf die Garantie des Tarifes hin investiert. Was wird es nützen, wenn man diesen Leuten, deren Einkommen nun ausschließlich von dem Zolltarife abhängig ist, erzählt, daß die Zölle nur Vergeltungszölle waren, daß sie jetzt ihren Zweck erfüllt hätten und daher abzuschaffen seien? Warum in aller Welt sollte ein englischer Seidenfabrikant dem Verluste seines Marktes ruhig zusehen, weil Frankreich seine Zölle auf englischen Stahl herabgesetzt hat?

Asquith, der kommende Mann.

Auch in Asquiths politischem Leben hat es Strecken gegeben, wo der liberale Parteimitglied in der großen Verlegenheit zu verfallen schien, allein die Fels hat gerettet, daß hier eine Kluge, überlegende, umfassende Intelligenz wirkte, die ihre Kräfte schonte, um im entscheidenden Augenblick überreich und entschlossen einzutreten. Und im Gegensatz zu Campbell-Bannerman trüpfen sich von jeher an Asquith große Erwartungen, und seitdem Gladstone durch die außerordentlichen Fähigkeiten des jungen Adnotaten, der damals durch sein glanzvolles Auftreten im Prozeß gegen die „Times“ über Nacht zum berühmten Manne wurde, aufmerksam wurde, hat dieser nicht aufgehört, als der „kommende Mann“ zu gelten. „Es ist eine der führenden Persönlichkeiten im Sinne of Commons“, so schreibt ihn ein jugendlicher Politiker, „er erweist die Gemächlichkeit. Seine politischen Anschauungen entstanden im Achtziger Club, zu dessen ersten Mitgliedern er zählte. Die Gemächlichkeit und die Kraft, die er in dieser Sphäre entwickelte, lenkte denn auch zuerst den Blick Gladstones auf ihn. Der radikale Flügel der liberalen Partei wird sich freilich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß in Zukunft die Parteileitung, und somit die Leitung der Geschäfte in den Händen des Herrn Asquith bleiben wird, dessen hauptsächlichster Verdienst darin besteht, daß er als überlegender Freihändler zur Niederlage der Schutzkämpfer unter Chamberlains Leitung am meisten beigetragen hat. So lange Herr Asquith am Ruder ist, brauchen die englischen Freihändler keinerlei Beforgnis zu haben.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Die Vermählung des Prinzen August Wilhelm von Preußen wird im Herbst stattfinden. Wila

Eignig, wo auch Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich zuerst gewohnt haben, wird für das junge Paar insdand gestellt.

Das Abgeordnetenhaus.

logte gestern vor beinahe leeren Rängen. Der Antrag v. Camp auf Gewährung von Freifahrtskarten an Wahlmänner wurde gegen Regierung und Konservern angenommen. Der Präsident des Staatsministeriums, Fürst v. Bülow, hat an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses folgende, im Hause verteilte Einladung ergeben lassen:

„Gute Tzgeilung beehrte ich mich ganz ergebenst zu erfahren, die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten zu einer vereinigten Sitzung beider Häuser des Landtages zur Entgegennahme einer Allerhöchsten Hofschafft auf Donnerstag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in den Sitzungssaal des Hauses der Abgeordneten gefl. einladen zu wollen.“

Auch der Termin für die Landtagswahl ist nunmehr anberaumt. Am 14. d. Mts. wird mitgeteilt: Als Termin für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten sind vom Minister des Innern festgesetzt die 3. Juni und nötigenfalls die folgenden Tage für die Wahl der Wahlmänner, und der 16. Juni und folgende Tage für die Wahl der Abgeordneten.

Abgeordneter Gröber und der Pressestreik.

Wir lesen in der „Postischen Ztg.“: Ein Nachspiel am Pressestreik scheint sich in der Offiziengesellschaft „Germania“, die den Verlag und die Druckerei des gleichnamigen Berliner Zentralorgans besitzt, abgespielt zu haben. Bekanntlich macht diese Gesellschaft im „Reichsanzeiger“ bekannt: „Aus dem Ausschusse unserer Gesellschaft ist der Landgerichtsdirektor Adolf Gröber in Heilmann ausgeschieden.“ — Zu dieser Meldung bemerkt die „Germania“: „Wir stellen demgegenüber fest, daß dieses Ausscheiden des Herrn Abg. Gröber mit dem Pressestreik in gar keiner Verbindung steht.“

Die Ueberfüllung in den juristischen Berufen.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer fand am 20. Februar ein Antrag auf Zulassung der Absolventen von Realgymnasien zum juristischen Studium zur Beratung. Dabei erklärte der Justizminister v. Miltnner (bekanntlich ebenfalls Mitglied des Reichsgerichts), daß die Regierung diesen Antrag hauptsächlich deshalb ablehnen müsse, weil die grenzenlose Ueberfüllung in juristischen Studium ein Gegenstand erster Sorge sei. In einer folgenreichen Ueberproduktion dürfe man nicht eine neue Tür öffnen, denn nur 20 im Staatsdienst benötigt, so daß die Regierung auf das bringende vor dem juristischen Studium warnen müsse. Im bayerischen Staatsjustizdienst ist seit Jahren ein solcher Ueberfluß von Anwärtern vorhanden, daß selbst die glücklichen Besizer guter Noten vor ihrem 32. Lebensjahre kaum die begehrten Anfangsstellungen eines Gerichtssehreibers (Sekretärs) erlangen. Im Verwaltungsdienst ist es nicht besser. Die so häufig beklagte Ueberfüllung in juristischen Berufe herrscht aber nicht nur in Bayern, sondern in den meisten Bundesstaaten. So hat jetzt auch das Königlich sächsische Justizministerium dem „Ministerialblatt“ vom 7. März 1908 eine statistische Uebersicht beigegeben, woraus die ganze üble Lage des juristischen Arbeitsmarktes im Königlich sächsischen Staat zu ersehen ist. Zur Abschlüsse macht die „Post“, die in den oben geschilderten Zuständen eine „eminente Gefahr“ erblickt, den Vorschlag: der Stirkung der Staatsprüfungen für Juristen.

Diese Maßregel würde nach der „Post“ sofort den Zugang zum juristischen Studium, der trotz aller Arrangements von berufener Seite nicht merklich abnimmt, zurückdämmen. Selbstverständlich würde, um denjenigen, welche bereits das Universitätsstudium hinter sich haben oder unmittelbar vor dem Abgangsexamen stehen, gerecht zu werden, für eine gewisse Uebergangszeit eine mildere Praxis-Prüfung greifen müssen. Vielleicht könnten für die nächsten 5 Jahre im zweiwährigen Turnus Staatsprüfungen abgehalten werden, nach Ablauf dieser Uebergangsperiode sollten die Prüfungen nur nach Maßgabe des Bedarfs, und zwar jeweils etwa ein Jahr vor ihrer Abhaltung, ausgeschrieben werden.

Zur Novelle betr. den unläuteren Wettbewerb.

Beschloß die Soziale Kommission des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen dem Reichsamt des Innern eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen zu unterbreiten. Die Wünsche des Verbandes sind folgende:

In den §§ 1 und 6 sind die Worte „atsächlichlicher Art“ zu streichen. Der Anspruch auf Unterlassung des unläuteren Wettbewerbs durch unrichtige Angaben soll auch von Amts wegen (durch den Staatsanwalt) geltend gemacht werden können. (§ 1) Zur Bekämpfung des Lokartikelswesens soll dem § 1 ein Absatz angefügt werden, durch den derjenige, welcher eine Ware mit Preisangaben zum Verkauf anbietet, auf Verlangen verpflichtet ist, den ganzen Vorrat der selbstbetonten Ware ohne Preisauflage zu verabsorgen. In § 6 sind die Worte „in der Weise“, den Ansehen eines besonders günstigen Angebots hervorzuheben, zu streichen; das Wort „unlautlich“ ist zu ersetzen durch „vorläufig oder fahrlässig“. Dem § 7 ist anzufügen: Bei Waren aus einer Kontinentalen, die der Verfügung des Konkursverwalters nicht mehr unterliegen, darf das Wort „Konkurs“ in Ankündigungen

nicht gebraucht werden. Zur Regelung des Ausverkaufswesens soll jeder Ausverkauf spätestens acht Tage vor Beginn bei der unteren Verwaltungsbehörde unter Angabe der Gründe, der beabsichtigten Dauer unter Aufzeichnung des gefahrenen Warenbestandes anzuzeigen sein. Den Ausverkäufen sind gleichzustellen die „billigen Tage“, die „Ausnahmetage“, „Räumungen des Lagers“, „Weiße Wochen“, „Schwarze Wochen“, „35 Pig-Wochen“, „Zugabe-Tage“ und ähnliche Anknüpfungen. „Jahres- und Dauer der Ausverkäufe sind zu beschränken. Wehre als zwei Ausverkäufe jährlich sind einer Firma nicht zu gestatten. Die Dauer jedes Ausverkaufs ist auf vier Wochen zu beschränken. Auf Ausverkäufe auswärts Auslösung des Geschäfts findet diese Beschränkung keine Anwendung.

Wir meinen, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das bei der Geburt schon ziemlich miztraten ist, könnte man ruhig mit den Schönheitssehern lassen, die es mit auf die Welt gebracht hat. Zudem soll man dem Tabernikhaber, der durch Kassa in sein Geschäft zu fördern sucht, dieses Vorhaben nicht durch Gesetzesparagrafen vereiteln.

Allgemeine Mitteilungen.

— In Sachen des Grafen Lpnar liest sich die „Telegraphische Korr.“ aus Darmstadt melden, daß die Nachrit, die Gattin des Grafen Lpnar, die Schwägerin des Großherzogs von Hessen, habe die Scheidungsflage gegen ihren Mann angestrengt, den Tatsachen nicht entspricht. Vielmehr werde zurzeit auf Grund angeblich neuer Tatsachen, besonders von ärztlichen Gutachten, von der Familie des Grafen das — Wieder-aufnahmeverfahren — beim Kriegsgericht vorbereitet!

Heer und Flotte.

— Das „Militärwochenblatt“ meldet: v. Bülow, Major im 3. Garderegiment zu Fuß, ist von der Stellung als Bataillonkommandeur entlassen und von Dienstleistung beim Herzog von Sachsen-Altenburg kommandiert.

— Die „Wall-Magazin“ in London berichtet, daß in Frankreich 15 neue Unterseeboote im Bau begriffen seien. Diese Unterseeboote werden die Form von Unterwasserzügen haben. Ihre Wasserverdrängung soll 600 Tonnen, ihre Geschwindigkeit 16 Meilen betragen. Der Affonsoabius der Boote wird ein großer sein. Das Blatt weist darauf hin, daß Frankreich in Bezug auf Unterseeboote einen großen Vorsprung gegenüber sämtlichen Nationen, besonders Deutschland, besitzt. Die neuen Unterseeboote werden eher offensiven als defensiven Charakter tragen.

Deutscher Reichstag.

143. Sitzung vom 8. April.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst drei mündliche Berichte der Geschäftsbearbeitungskommission über Anträge von dritter Seite zur Strafverfolgung der Abgg. Bahn, Legien und Stadthagen wegen Verleumdung.

Entsprechend den Anträgen der Kommission verweigert das Haus in allen drei Fällen die nachgefragte Genehmigung. Es folgt die

dritte Lesung des Vereinsgesetzes.

In der Generaldiskussion weist ein Mitglied des Zentrums auf die guten Erfahrungen hin, die man in Süddeutschland, besonders in Württemberg, haben, stellen mit freihändlerischen Vereins- und Verammlungsvereinen gemacht habe. Der Hoffnung, daß auch diese Reichsvereinsvereine freihändlerisch sein werde, lie eine große Enttäuschung erfolgt. Fortschrittlich ist diese Vorlage nur im Vergleich zu den Rechtszuständen in einigen Bundesstaaten mit besonders rückständigem Vereins- und Verammlungsrecht. Ueberall röße man in diesem Gesetz auf Polizei und wieder Polizei! (Sehr richtig! im Zentrum.) Was der Abg. wieder über das württembergische Recht gesagt habe, es gebe der Polizei die Befugnis, zu machen, was sie wolle, sei unzutreffend. Dieses Gesetz sei ein Machtmißgebot gegen die jeweilige Minderheit. Und dieses Machtmißgebot habe der freihändlerischen Regierung in die Hand gegeben. Das Gesetz sei ein Antipolengesetz und ein verlorentes Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokratie. Der § 7 sei ein offenerbarer Rechtsbruch. Dieser schaffe eine völlige Rechtsunsicherheit, denn niemand sei sicher, ob nicht auch ihm einmal eine solche Vergewaltigung drohe. Keine Minderheit könne sich gegen solche Vergewaltigung schützen. Kein Wunder daher, wenn sich an das Zentrum jetzt auch Juden gewendet hätten mit der befragten Frage, ob ihnen nicht Ähnliches bevorstehe, wie in diesem Gesetz den Polen (Lachen bei den Liberalen). Sie lachen? Sie lachen über sich selbst! Auch weiterhin werden sich der Redner besonders gegen den freihändlerischen Staat. Das Gesetz schädige unter Ansehen auch im Ausland, es sei nichts anderes als eine Untertragung der preussischen Gewaltpolitik auf das Reich. Das deutsche Volk, so schließt Redner, ist viel zu edel angelegt, als daß es auf die Dauer eine solche Gewaltpolitik gefallen ließe. (Anhaltende Bravorufe und ebenso anhaltendes Zischen.)

Abg. Fürst Hagedorn (Heißsp.) führt aus, seine Freunde seien bei diesem Gesetze allen berechtigten Wünschen entgegengekommen. Aber ohne den Ausschluß der Jugendlichen bis zum 18. Jahre würde ihnen das Gesetz unannehmbar gewesen. Der Sprachparagraf war eine unbefugte Notwendigkeit. Mit Unrecht sagt der Vorredner, die Beschlüsse, wie sie jetzt vorliegen, amekten den Geist der Unfreiheit. Der Vorredner überhebt dabei ganz, daß die Kommission an den ursprünglichen Vorschlägen der Regierung zahlreiche und wesentliche Verbesserungen vorgenommen hat. Wir wollen, m. S., so wie in diesem Falle auch weiter im Blick beabsichtigt zusammenarbeiten und wollen in diesem Gesetze auch das große Werk, das uns noch bevorsteht, die Finanzreform, erledigen. (Beifall.) (Inzwischen ist Fürst Bülow im Saale erschienen.)

Hg. Herr Reichsmittel (Voll) protestiert nochmals gegen die den Polen nachgelagerten Vorstellungsarbeiten. Er habe für die Verdrängungen schon bei der zweiten Lesung Beweise verlangt, man sei ihm diese jedoch schuldig geblieben. Wenn Väter von nationalen Gesichtspunkten ausgeht, habe dem § 7 zunächst die Berücksichtigung des polnischen Vorkriegsstandes zu sein. Die Verhältnisse sind heute einmal bessere Zeiten kommen. **Hg. Dietrich (Voll):** Der **Hg. Spahn** hat sich bei der zweiten Lesung um Schmäuzungen für die Liquidität der Polen aufgestellt. Aber in diesen Tagen erschien in der Presse ein Aufsatz von einem Historiker, der dem **Hg. Spahn** sehr nahe steht. (Auf rechts: Der **Hg. Spahn**) Nun, dann steht er ihm sogar sehr nahe! Der Historiker sagt: Die Polensfrage besteht, und wer sie leugnet, der leugnet die Verhältnisse nicht! (Sört! hört!) Der Historiker behauptet, daß Vorstellungsarbeiten der Polen beizubehalten. (Sört! hört!) Was der Historiker Spahn dann über die Mittel gegen jene Vorstellungen sagt, das fällt nicht mehr in das Bereich des Tatsächlichen. Wenn mildere Mittel empfohlen werden, so habe ich die Befürchtung, und zumal nach der eben geäußerten Rede des Zentrumsmittels (Sört mehr!), daß wir uns Hoffnungen erst auf die zweite Generation machen dürfen, nicht auf die jetzige. (Sört richtig!)

Hg. Kund (nl.): Der **Hg. Groeber** hat einmal gesagt, er bezweifle es, daß das Zentrum nicht mehr der Mehrheit angehört. Ich weiß nicht, ob das ironisch gemeint war. Wir sind jedenfalls froh, daß sich endlich eine Mehrheit gefunden hat, der das Zentrum nicht angehört. Herr Groeber hat ferner gesagt, dieses Gesetz schädige unser Ansehen bei allen Völkern der Erde. Ich verweise da nur noch den Hinweis auf die Regereise. (Heiterkeit.) Das Gesetz sei ein Vollzeigesetz, sagt Herr Groeber, und er behauptet, das württembergische Vereinsgesetz sei bisher ein absolut freirechtliches. Das trifft nur für die Handhabung zu, aber nicht für das württembergische Vereinsgesetz selbst. Das ist nicht von dem bairischen national-liberalen Minister. Sehr anerkannt worden. Die Ansicht beruht. Daß das bayerische Vereinsrecht nicht freirechtlich ist, das ist ja nun wohl allgemein anerkannt. Und nun gar das sächsische, m. S., daß dieses nicht freirechtlich ist, steht ja wohl fest, wenn auch jüngst einmal eine Verammlung in Sachen beschlossen hat, sie möge nicht, daß ihr das Versammlungsrecht noch durch das Vereinsgesetz verdrängt werde. (Stürmische Heiterkeit.) Im einzelnen bemerkt Redner dann noch, und zwar zum § 7: Das „Naturrecht“ haben die natürlichen Redner ausgeübt. Ich was Naturrecht! Wir sind hier keine Sokalisten. Das Naturrecht ist immer ausgeübt worden gegen nationale Gedanken! In Bezug auf § 7 gibt es für uns keinen Handel. (Wetfall.) Daß Herr v. Dörmowski es vorgelesen gemagt hat, bei dieser so ernsten Sache billige Miße zu machen, beweist nur, wie notwendig ein Einverständnis ist. (Sört mehr!) Wir haben erst auf der Erklärung des Staatssekretärs, daß das Gesetz ausgeübt worden soll von den Behörden durchaus lokal, ohne jeden Hintergedanken! Wir haben Vertrauen zu dem Staatssekretär, um so mehr, weil wir ihn kennen gelernt haben als einen Mann, der frei von Bureaucratismus, einem vernünftigen Liberalismus zugeneigt ist!

Hg. Heine (Soz.): Stellen Sie sich vor, welche Gefühle den Befolgen müßten, der mit keinen Gründen sich einer Mauer, einer toten Mauer gegenüber, die nicht hören will und allen Gründen unzugänglich ist, weil sie fest an den Woll geschloßen ist! Wie sind Sie — zu den Freirechtigen — erst von ihrer eigenen Presse beschworen worden in den letzten Wochen, diesen Weg nicht zu betreten! Von Ihrer eigenen Presse und diesen Ihrer eigenen Anhänger! Und hat nicht Herr Schrader sich dieser Lage geradezu zu mit einer Wite um Dörmowski an seine Parteigenossen im Lande wenden müssen! Ich weiß nicht, wieviel politischer Nachdruck durch ihre Stellung zu den Nationalen-Paragrafen die körperliche und geistige Erziehung der Jugend „bewußt untergraben“ (Unterredungen S. 10). Herr Neudau, haben Sie doch einmal den Mund! (Große Heiterkeit.) Ich weiß ja schon, wie groß er ist. (Erneute Heiterkeit.) Das schämte ich an diesem Gesetz ist — neben dem Sprachenparagrafen — nicht das Mehr oder Weniger an Rechten, sondern die Unklarheiten, die schließlich der Willkür freien Raum lassen und ihr ermöglichen, alles Recht in das Gegenteil zu verkehren. Die Verhinderung lokaler Handhabung, die der Staatssekretär abgegeben habe, gibt uns keine Gewißheit. (Zurufe.) Wamohl, der Herr Staatssekretär ist auch Stellvertreter des Reichstanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten, aber er ist nicht preussischer Minister des Innern, und erst recht nicht sächsischer usw. Minister des Innern. Das ganze Verhalten der Freirechtigen gegenüber unseren Anträgen läßt mich ein Spiel mit vertriehenen Karten vermuten. Ich habe den Eindruck, als sei alles schon bei den Freirechtigen vorübergehend verändert worden. Beim Württemberg haben Sie nachgegeben, um das Vereinsgesetz zu erhalten. (Widerpruch.) Ja, wenn das nicht der Fall ist, wenn Sie ohne Gegenleistung solche Zugeständnisse beim Vereinsgesetz gemacht haben, dann habe ich dafür nur eine Erklärung: Sie wissen nicht, was Sie tun! Die Konventionen, m. S., die wissen stets, was Sie tun. (Große Heiterkeit.) Das ist der ganze Name: größtes Selbstbewußtsein bei den Konventionen, und bei Ihnen, den Freirechtigen, nur die Angst, nicht dabei zu sein, eine Angst, die ja neuerlich Herr von Bayer offen verrat, als er sagte: „Wir müssen das schon tun, um der Regierung keinen Vorwand zu geben, uns auszuschalten!“ (Heiterkeit.) Das Zentrum wartet seine Zeit ab, um zu seiner alten Liebe Willö zurückzuführen. Es läßt sich einfließen von dem Zentrum die Aussagen bei der Finanzreform aus dem Feuer holen. (Heiterkeit.) Ich nehme das ja zum Zentrum nicht über, ich sage bloß: Armer Freirecht! (Stürmische Heiterkeit.) Der Freirecht untergräbt nicht nur seine Zukunft, sondern den ganzen Liberalismus. (Woh! Wetfall bei den Soz.)

Hg. Schrader (Voll): Auf die Sozialdemokratie war für uns kein Verbot bei dem Vereinsgesetz. Mit der Sozialdemokratie würden wir nichts erreicht haben. Das war das Motiv für unser Verhalten bei diesem Gesetz. Was Herr Groeber über die lüdensichtigen, besonders das württembergische Vereinsgesetz gesagt hat, ist nicht zurecht und kann es nicht sein, denn sonst müßten nicht so viele lüdensichtige Mitglieder des Hauses es über sich gewöhnen haben, für dieses Gesetz einzutreten. Herr Heine sagt: Die Handhabung des Gesetzes sei Sache der Einzelstaaten. Das ist richtig. Aber das Gesetz steht jetzt unter dem Schutz des Reiches und des Reichstages. Und ich bin überzeugt, wenn die Handhabung des Gesetzes derart sein sollte, wie Herr Heine es befürchtet, werden wir mindestens so flammende Reden zu hören bekommen, wie wir sie schon jetzt gehört haben. Herr Heine befristet auch, der Jugendlichen-Paragraf werde den Jugendlichen sogar die Möglichkeit zu Lebensübungen nehmen. Das ist ja jedenfalls nicht die Absicht des Gesetzes. Und noch der Erklärung des Staatssekretärs bitten wir doch wohl auch auf seine Unterdrückung rechnen, wenn der Gesetz nicht zu geschändet wird, wie es dem Sinne desselben entspricht. Ihre Annahme des Sprachenparagrafen hatten wir keine Meinung. Ihre Annahme des Vereinsgesetz nicht zustande, so entgegen nicht nur uns, sondern auch den Polen viele Vorteile, die dieses Gesetz bietet. Deshalb haben wir das Zustandekommen des Gesetzes nicht aufs Spiel setzen wollen. (Wrao.)

Hg. Haas (nl.): vom Plaque sprechend und deshalb ganz unverhältnißmäßig, weiß Angriffe zurück, die nicht auf den heftigen Bevolmächtigten v. Reichardt gerichtet werden waren. Hierauf gelang ein Votumtrag auf Debattefähigkeit zur Annahme, worauf nach zahlreicher persönlicher Bemerkungen folgen. Bei der Spezialberatung liegen zunächst Änderungsanträge zum § 8 (Entbindung von der Angehörigkeit) vor von dem **Hg. Preis** (Elsässer) und von den Sozialdemokraten. Beide Anträge werden nach kurzer Debatte abgelehnt, und zwar der auf die Gewerkschaftsverordnungen bezügliche sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 167 Stimmen.

Beim § 7, dem Sprachenparagrafen, kommt **Hg. Redebour (Soz.)** nochmals auf die angelegte Aeußerung des Reichstanzlers bezüglich des Zentralverbandes deutscher Zuhilfenretter zurück. Es genüge nicht, daß man den **Hg. Behrens** als Vorkämpfer der Reichsregierung hier aufmarschieren lasse. Er verlange eine klipp und klare Aeußerung des Staatssekretärs der Verträge, daß die Gewerkschaftsverordnungen keinesfalls mit Hilfe des § 7 hindern werden sollen.

Hg. Senba (Voll) befaßt sich ebenfalls mit dem § 7. Werde dieser angenommen, wie es wahrscheinlich ist, so beweise die Mehrheit damit nur, daß sie das Rechtsgefühl, den Sinn für das, was Recht und Unrecht ist, verloren habe. **Hg. Behrens** (nürsch. Vgl.) bekräftigt nochmals, wie schon in seinem Dementi in der Presse, daß der Reichsanwalt die ihm zugehobene Aeußerung — der § 7 auf Drängen national-liberaler Reichstribunale in das Gesetz hineingekommen — nicht getan habe. Auch Wiedergabe weiß nichts von einer solchen Aeußerung, ebensowenig andere Mitglieder der beim Reichstanzler gewesenen Deputation.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ich habe jene angelegte Aeußerung schon neuerlich in das Reich der Fabeln vertrieben. Namens des Reichstanzlers habe ich heute zu erklären: Bei Empfang der Deputation in Göttingen hat der Reichsanwalt mit seiner Bitte gesagt, daß der § 7 auf Einwirkung Großtribunale zurückzuführen sei. Der Reichsanwalt konnte nach solcher Einwirkung um so weniger reden, weil eine derartige Einwirkung oder Anregung weder direkt noch indirekt nach in irgend einer sonstigen Form an ihn herangeraten ist.

Hierauf folgt ein Schlussatz, aber den auf Verlangen der Sozialdemokraten, dem auch die Polen, zum Zentrum jedoch nur noch Kroen, Erzberger und Gieseberts, beitreten, namentlich abgestimmt werden muß.

Die Abstimmung ergibt mit 210 gegen 162 Stimmen bei fünf Enthaltungen Annahme des Debatteabschlusses. Sodann wird über einen Änderungsantrag **Albrecht** zum § 7 namentlich abgestimmt. Er wird mit 199 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten auch **Dohrn**, **Neumann-Hofer**, **Pothhoff**, **Raumann**.

Ein Änderungsantrag des Zentrums wird mit 197 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

§ 7 wird Johann in einfacher Abstimmung in unveränderter Fassung angenommen.

Beim § 10a — Ausschluß der Jugendlichen — befürwortet noch **Hg. Brand** (Soz.) einen Antrag auf ausdrückliche Nichtanwendung dieses Paragrafen auf Lernliche, gewerkschaftliche Vereine und Verammlungen. Es meldet sich niemand weiterer zum Wort. Es wird auch zu diesem Paragrafen keine namentliche Abstimmung beantragt. § 10a wird angenommen — **Hg. Raumann** stimmt dagegen —, ebenso der Rest des Gesetzes.

John Minuten nach 7 Uhr, nach achttünziger Sitzung, erfolgt die namentliche Gesamtstimmung über das Gesetz.

Der Reichsanwalt führt Willö betrifft unmittelbar vorher den Saal. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg wird von einer Reihe von Abgeordneten lebhaft beglückwünscht.

An der Abstimmung beteiligten sich 387 Abgeordnete. Für das Vereinsgesetz stimmten 194, dagegen 168, 5 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Mit dem Gegenstand stimmen die Freirechtigen **Dr. Neumann-Hofer**, **Dr. Pothhoff**, **Dr. Dohrn**, der heftige Reform **Wilmwald**. **Hg. Raumann** stimmt mit der Mehrheit. Die heftigen Nationalliberalen **Dr. Dmann** und **Haas** enthalten sich der Abstimmung.

Als der Präsident das Ergebnis verkündet, bräut der Weisheitsjubiläum des Saal. Er überdrückt das Jischen und die Huzure. Als die Kundgebungen beendet, klappen noch einige Huzure der Sozialdemokraten nach. Darauf erklärt der Präsident, daß das Huzuren nicht gestattet ist.

Die dritte Lesung des Vereinsgesetzes. Darauf eröffnet der Präsident die Generaldebatte über das Vereinsgesetz.

Hg. Singer (Soz.): Schon die zeitliche Aufeinanderfolge der dritten Lesung des Vereinsgesetzes mit der des Vereinsgesetzes beweist den inneren Zusammenhang der beiden Vorlagen. (Woh! Widerpruch beim Woll.) Ihr Widerpruch ändert an den Tatsachen nichts. Das Vereinsgesetz ist der Preis, den die Freirechtigen für die Verlegung ihrer liberalen Grundfälle erhalten. (Heftiger Widerpruch.) Sie geben Ihrer Siegestreube ja ganz unvorhersehen Ausbruch. Der Volkserat ist vollkommen. (Großer Lärm.) Präsident **Gräf Stolberg:** Ich nehme an, daß Sie damit kein Mitglied des Hauses meinen. (Große Heiterkeit.) (Fortsetzung folgt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

71. Sitzung am 8. April.

Am Ministerische Kommissare.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtfreies Kiel wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Camp betreffend Gewährung freier Fahrt für Wehmänner

bei den Landtagswahlen. Die Budgetkommission beantragt, den Antrag Camp der Regierung zur Erziehung zu überweisen, und zwar in der Fassung, daß den Wehmännern freie Fahrt von ihrem Wohnort nach dem Wahlort und zurück am Tage vor und nach der Wahl gewährt werden soll.

Hg. Frz. v. Camp (fr.) tritt dem Antrag der Kommission entgegen, da es Ueberzeugung zur Erzeugung erfahrungsgemäß nicht oft heraussomme, und beantragt seinerseits, den Antrag der Kommission zum Beschluß des Hauses zu machen, ihn aber daß zu erweitern, daß den Wehmännern die freie Fahrt a) am Abfahrtage gewährt und daß ihnen auch, wo die regelmäßigen Abzüge keine angemessene Verbindung bieten, Erstattungen gestellt werden. Der Redner weist darauf hin, daß auch Schöffen

und Geschworene Reisegelder erhalten, und daß die Gewährung freier Fahrt die Wehmänner unabhängiger vom Wahlortemittel mache.

Hg. Frz. v. Camp (fr.) wendet sich gegen beide Anträge, den der Kommission und den des **Hg. Frz. v. Camp**. Das Wahlortemittel sei ein Ehrenamt und müße als solches aufrecht erhalten werden. Das sei aber in dem Moment nicht mehr der Fall, mo die Wehmänner freie Fahrt erhielten.

Ein Regierungskommissar aus dem Eisenbahnministerium, Geheimrat v. d. Vegen, bringt die Gedanken der Verwirklichung der Anträge vor. Es widerspricht dem § 7 der Eisenbahnverkehrsordnung. Tarifermäßigungen seien nur zulässig, wenn ein öffentliches Interesse vorliege. (Woh! Wetfall: Hier liegt doch ein öffentliches Interesse vor!) Fern, hier handelt es sich nicht um ein öffentliches Interesse, sondern um eine politische Frage. (Woh! Widerpruch und ironische Heiterkeit.)

Hg. v. Dörmowski (Voll) spricht sich für den Antrag aus. **Hg. Frz. v. Camp (fr.)** bekräftigt, daß der Antrag der Verkehrsordnung widerspreche. Es sei ihm völlig unbegreiflich, wie ein Regierungsvortragender den Fahrten der Wehmänner und damit den Wehmännern überhaupt das öffentliche Interesse absprechen könne. (Woh! abseitige Zustimmung.)

Hg. Kund (Voll) wendet sich ebenfalls entschieden gegen den Regierungsvortragender.

Hg. Frz. v. Camp (fr.) meint, wer die Maßfrist nicht bezahlen wolle, solle sich als Wahlmann ausstellen lassen. Die Debatte schließt. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages Camp gegen die Stimmen der Konservationen.

In dritter Lesung wird darauf die Vorlage wegen Erweiterung des Stadtfreies Kiel debattiert erledigt. Dann wird die Debatte über die Anstufungsdenkschrift fortgesetzt.

Hg. Graf Spee (Ztr.): Die großpolnische Agitation verhalten sich mit. Es sollte aber der Regierung eine Mahnung sein, ihre Ordnungspolitik zu ändern.

Hg. Ernst (Voll) betont, daß die Anstufungscommission auf futuristischem Gebiet hervorragen geleistet habe, daß aber die Städte keinerlei Förderung der gewerblichen oder kaufmännischen Tätigkeit erfahren haben.

Hg. Dr. Woll (nl.) meint, daß die bisherige Anstufungspolitik unbestreitbare Erfolge gehabt habe, die aber doch nicht im richtigen Verhältnis zu den gewaltigen Aufwendungen ständen. Man sei nur mit halben Maßnahmen vorgegangen. In den Ordnungen hätte auch auf dem Gebiete des Verammlungs- und Preisrechtes vorgegangen werden sollen. Die Wachstumskraft im Reichstage sollte auch für eine Ergänzung des Preisrechtes eintreten. Aus nationalen Gründen bedürfen wir einer Verbesserung unserer Preisgebung.

Hg. Graf Bismark (Ztr.): Die Zentrumspartei wird ihre bisherige Politik weiter verfolgen in eigenem Interesse, sondern zum Wohle des Vaterlandes.

Hg. v. Odenburg (konf.): Fürst Bismark hat in den Polen ein unerhörliches Moment gegeben im Gegensatz zu den Katholiken, an deren Gemütern für das Deutschum er nicht zweifelte. Der Redner befragt den Vorkämpfer deutscher Bauernsinn nach dem Auslande, insbesondere auch nach Rußland. Der Beamtenapparat der Anstufungscommission ist viel zu groß. Man spreche von 800 Beamten, und das sei glaubhaft.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Wir bekämpfen den Abgang deutscher bäuerlicher Elemente nach dem Auslande. Freilich ist es schwer, hier einen gangbaren Weg zu finden. Das Bedauern über die Schwermüdigkeit der Anstufungscommission teilen auch wir. Eine zweckmäßige Reform ist angebracht. Wir denken nicht daran, den polnischen Kleingrundbesitz zu enteignen.

Ein Schlussatz wird angenommen. Die Denkschrift durch Kenntnisnahme erledigt.

Das Gesetz über die Haftpflicht des Staates bei Verletzungen von Beamten wird von der Tagesordnung abgelehnt, da es in dieser Session doch nicht mehr erledigt werden kann.

Der Antrag **Dr. v. Bonna (fr.)** betreffend die Errichtung einer Versuchsanstalt zur Erforschung der industriellen Verwertung der preussischen Moore in Angliederung an die technische Hochschule in Hannover wird angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 11 Uhr: Etwa vom Herrenhaus zurückkommende Vorlagen; Petitionen. Schluß 3/4 Uhr.

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 8. April.

Am Ministerische Kommissare.

Vizepräsident **Beder** eröffnet die Sitzung um 2.35 Uhr.

Luftschiffgesetz.

Berichterstatter Herr v. Pittkammer empfiehlt namens der Kommission unveränderte Annahme.

Handelsminister **Dr. Bismark:** Die Vorlage behandelt diametral entgegengesetzte Interessen. Wohligen Auslesestehern und Bestreben benachbarter Grundstücke ist eine Verhängung nur schwer möglich. Das Interesse der Luftschiffbesitzer am Zustandekommen der Vorlage ist auf Grund neuerlicher gerichtlicher Entscheidungen geringer geworden. Dem vorliegenden Antrag Zettens wird die Staatsregierung nicht zustimmen können.

§ 19 bestimmt u. a., wann eine Entschädigung der Grundbesitz-eigentümer nicht erfolgt. Diese Entschädigung soll insbesondere ausbleiben, „wenn die Genehmigung zu einer Arbeit nicht erteilt wird, zu der sie schon vor der Verkündung dieses Gesetzes nach dem damals geltenden Rechte mit Erfolg verlangt worden war.“ In diese Bestimmung will der vom Minister berichtete Antrag Zettens anfügen: „oder hätte verlangt werden können.“

Überzügerrichter **Bethmann-Hollweg** begründet diesen Antrag, der unter Ablehnung des Antrages Zettens angenommen wird.

Es folgt die Beratung des Polizeiostengesetzes.

Die Spezialberatung setzt ein bei § 2, der angibt, was unter unmittelbaren Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung zu verstehen ist. Es sind das neben den Besoldungen, Wohnungsgeldzuschüssen, Remunerationen auch Fuhr- und Transportkosten. Angewendet, Witten, Bekleidungskosten, Kosten für laufende Unterhaltung der Polizeidentifikationskarten der örtlichen Polizeibehörde usw. für Berlin sollen 5 Prozent als nicht auf der Polizeiverwaltung beizubringen abgelehnt werden.

Überzügerrichter **Kirchner** Berlin bittet um Ablehnung des Paragrafen, weil er die Stadt Berlin betrifft.

Der Antrag **Kirchner** wird mit 31 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Debatte nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen. Bei der Beratung der Denkschrift betreffend die Förderung deutscher Anstufungen in Polen und Böhmen bringt **Graf v. d. Schulenburg** Grünsätze einen von Prof. Schmöller in der „Täg. Rundschau“ veröffentlichten Artikel zur Sprache. Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, daß ein Mitglied des Hauses in der Presse Kritik über Willkö dieses Hauses. Es heißt in dem Artikel: „Das Herrenhaus hat seine Ehre gerettet durch Annahme der Entengrundvorlage.“ Dadurch hat der Verfasser



gegen diejenigen Mitglieder, die gegen diese Vorlage gestimmt haben, eine schwere Beschuldigung gerichtet. Ich bitte dringend, daß Herr Schmöller mit den Begrüßern der Rede der Mitglieder des Hauses etwas vorläufiger umgeht. Schmöller begründete ferner den Kürzen Sidonosti als den gebührenden Kürzen in diesem Hause. Ich weiß nicht, ob er nicht die Kürzen, die diesem Hause angehören, examiniert hat. Wenn nicht, hat er zu einer solchen Kritik kein Recht. Schmöller spricht weiter von einem kurzfristigen, weltfremden Janturim in diesem Hause. Danach sind der Präsident und der zweite Vizepräsident kurzfristig und weltfremd. Hoffentlich wiederholt sich ein derartiger Vorgang nicht. (Beifall.)

Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr: Nachtragsset, kleine Vorlagen, Petitionen.

Ausland.

Die Wahrmond-Broschüre.

Aus Wien wird gemeldet: Das Oberlandesgericht hat der Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das Erkenntnis des Landgerichts in der Angelegenheit der Broschüre des Professors Wahrmond stattgegeben und die Konfiskation der Broschüre in ihrem Umfang wieder hergestellt.

Das neue englische Kabinett.

Aus Biarritz meldet die „Agence Havas“: Nach mehrfachen Besprechungen mit König Edward hat Esquith die Bildung des neuen Kabinetts übernommen. — Esquith wird erst in London die endgültige Wahl seiner Mitarbeiter treffen, wofür er morgen abreisen wird. König Edward verläßt Biarritz am 15. April, um am 16. April einer Versammlung des Geheimen Rates beizuwohnen.

Ein Schiedsvertrag zwischen England und den Union.

Nach einer Meldung aus Washington entspricht der neue Schiedsvertrag zwischen England und der Union dem von der Union mit Frankreich abgeschlossenen Vertrage. Er enthält aber zwei Zusätze; der eine bestimmt, daß ein Mehrereintommen über eine dem Schiedsverfahren zu unterwerfende Angelegenheit nicht bindend sein soll, bis es vom amerikanischen Senat abgeschlossen und von der britischen Regierung durch Notenwechsel angenommen ist. Sodann behält sich England das Recht vor, bei allen Angelegenheiten, die die Kolonien mit Selbstregierung betreffen, die zuerst zu betragen, die es ein Mehrereintommen abschließt. Der Schiedsvertrag befreit ein Komitee, wonach die bestehenden Selbstordnungen der beiden Nationen sowie das Resultat der internationalen Wasserstraßen-Kommission, soweit es die Grenzlinie zwischen der Union und Kanada und die elektrische Ausdehnung des Niagara berührt, den Bestimmungen des Vertrages nicht unterliegen.

Massenverhaftungen in Portugal.

Der gestrige Tag ist in Lissabon ohne Bemerkenswerten Zwischenfall verlaufen, nur in dem berühmtesten Viertel Mouraria begingen kleine Gruppen Ausschreitungen. Die Polizei nahm mehrere zweihundert Verhaftungen vor. Fünfhundert bis sechshundert von den Verhafteten brachte man auf die Festung Casitas in Unterjüngerschaft.
Dem „Berl. Tagebl.“ wird gleichzeitig aus Lissabon gemeldet:

Die Gesamtzahl der Toten infolge der Zusammenstöße am Sonntag beträgt sechs; ferner sind fünfhundert Personen schwer und hundert leichter verwundet. Am Montag wurde ein Offizier tödlich verwundet und mehrere Personen leichter verletzt. Der ruhige Verlauf des gestrigen Tages ist der Besonnenheit der Truppen zu verdanken. Die Regierung brüht mit strengen Maßregeln. Die Garnison wurde verstärkt. Da Gestern ein Zweifelerleben zu plündern versuchte, nahm die Polizei eine gründliche Säuberung gewisser Viertel vor. Dabei sind angeblich sechshundert Personen verhaftet worden, die nach dem Casitas transportiert wurden. Die Republikaner protestieren gegen die Verhaftung mit diesen Leuten.

Marokkanisches.

Gestern spalte — wie aus Tanger gemeldet wird — Kasai beim Kriegsminister Gochas. Die beiden unarmten sich mit der Erklärung, das Vergangene zu vergessen, denn so wolle es Gott. Kasai beachtete, nach Kasai zu reisen, um sich dem Sultan zur Verfügung zu stellen. Gochas sah ihn aber, die Ermächtigung seitens des Sultans Abdul Mis abzuwarten. In Kreisen des Rasen bleibt man mißtraulich gegen Kasai.

Hungersnot in Brasilien.

Ein Telegramm der Deutschen Radelgarn-Gesellschaft meldet aus Rio de Janeiro: Durch Vermittlung der Liga maritima wurde die Bundesregierung um schleunige Hilfe für die durch die andauernde Trockenheit von einer Hungersnot betroffene Bevölkerung des Staates Parahyba gebeten. Die Regierung ist seit Tagen bemüht, den wiederkehrenden Mangel durch Anlage eines Wasserreservoirs und durch Kanalisation zu vermeiden. Betroffen sind außerdem noch die Staaten Ceara und Rio Grande do Norte. Der Bautechniker genehmigte die von dem Chef der Wasserarbeiten vorgeschlagenen Maßregeln zur Linderung der Not. Ein großer Teil des Viehbestandes ist eingegangen.

Kleine Tagesnachrichten.

- Aus Christiania berichtet der Telegraph: Der Storch nahm mit 67 gegen 55 Stimmen die von Fokking vorgelegene Tagesordnung an, daß der Storching es für richtig hält, daß die Regierung in Unberechtigt der Umstände im Amte bleibe. Die Regierung hat sich vorher mit dieser Tagesordnung einverstanden erklärt. Für die Tagesordnung stimmten 52 Radikale, 10 Sozialisten und 5 Mitglieder der unabhängigen Linken.
- „Gazeta de Madrid“ veröffentlicht eine Verordnung, welche in Barcelona das Amt eines Polizeichefs einführt, der an die Spitze des ganzen Polizeikörpers der Provinz gestellt wird.
- Aus Petersburg berichtet der Telegraph: Der Reichsrat nahm die von der Duma vortierliche Erhebung der Gewandtschaft in Tokio zur Volkskraft ohne Debatte an.
- Fürst Nikolaus von Montenegro ist in Jaroslawe Selo eingetroffen und am Bahnhof vom Kaiser empfangen worden.
- China sendet 20 Militärhändler zur Auszubildung nach Frankreich.

Halle und Umgegend.

Halle a. S. d. April.

Berein der Saalbesitzer von Halle und Umgegend.
Die fällige Monatsversammlung beschäftigte sich mit der Aufsicht des von
Bereinskassierarbeiten am Palmsonntag
und in der Kamode, weil ein Teil der Polizeibehörden immer noch einen ablehnenden Standpunkt einnimmt. An der Hand mehrerer Entschreibungen des Kammergerichts wurde nachgewiesen, daß der Palmsonntag selbst nach städtischem Rechte nicht zur Kamode gehöre, auch nach dem Wortlaute unserer Ober-Präsidenten-Verordnung über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage in der Provinz Sachsen nicht zu den verbotenen Tagen zähle. Dies bestätigte die von der hiesigen Polizeibehörde seit Jahren geübte Praxis. Bereinskassierarbeiten am Palmsonntag seien nicht um 12 Uhr nachts zu schließen, denn die Merkmale der Kamode seien keine landesgesetzlich bestimmten, bürgerlichen Feiertage. Ebenso könnten in der Provinz Sachsen am 1. Osterfesttag Langtagarbeiten von Vereinskassierarbeiten abgetrennt werden. Abweichende Kammergerichtsurteile bezögen sich auf andere Provinzen mit anderslautender Sabbat-Verordnung.
Erörtert wurde ferner eine kürzlich erfolgte polizeiliche Aufhebung der Festlichkeit eines Gesellschaftsvereins. Das Vorgehen der betreffenden Polizeibehörde wurde als durchaus korrekt bezeichnet, denn der Verein hätte durch Zeitungsanzeigen bekannt gemacht, daß Eintrittskarten beim Vorlande zu haben seien, der solche an zwei fremde Personen käuflich abgeben hat. Dadurch sei die Öffentlichkeit des Vergnügens durch den Verein selbst dokumentiert worden. Uebrigens lasse eine große Anzahl von Vereinen bei der Form ihrer Einladungen zu Vereinskassierarbeiten an den einfachsten Vorstandsregeln fehlen und ziehe sich zu unnötigerweise Konflikte mit den Behörden zu. Den Vereinen sei deshalb das Handbuch: „Die Privatvereine in Preußen“ (Emil Müllers Selbstverlag, Halle, Brandenburgische Straße 12, Preis 3,25 M.) zu empfehlen. Dieses gibt umfassende Auskunft über die Frage der Einladung von Gästen, über Erhebung von Eintrittsgeld und andere Vereinsfragen.
Aufgenommen in den Verein der Saalbesitzer wurden sechs neue Mitglieder.

Wieder ein Unfall durch die Straßenbahn.

Gestern nachmittag gegen 4 Uhr wurde der Arbeiter Meyer in der Großen Steinstraße von einem Wagen der Stadtbahn überfahren. Er wurde einen mit Kopf bedenklichen Kopf abtragen, als er von dem Wagen ericht und zu Boden geworfen wurde. Ein Bein ist ihm vollständig zertrümmert, das andere 2 gebrochen und arg verletzt. Man brachte ihn in die Klinik.

Provinzial-Nachrichten.

— **Wittenberg, 8. April.** (In der Sprengstoff-fabrikexplodierte) gettern ein Teil Dynamit, wobei der Arbeiter Heinrich Winkler aus Pölschitz von der Stichflamme getroffen, erheblich verbrannt und gegen eine Wand geschleudert wurde. Sierdel erlitt 18. 10 schwere Verletzungen am Kopfe, daß er sofort einer Klinik in Halle zugewiesen werden mußte.

— **Torgau, 7. April.** (Für die Personendampfschiffahrt auf der Elbe) sind seitens des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen neue, die Unternehmer schwer treffende Bestimmungen erlassen worden. Infolge wiederholter Vorstellungen sind diese Vorschriften zwar gemildert worden, indessen hat die sächsische Regierung sich entschlossen, in ihren Bänden jene Bestimmungen zu erweitern, um den preislichen Vorkauf anzupassen. Da die in Frage kommenden Dampfschiffahrtsunternehmungen unter diesen Umständen die Erleichterung ihrer Unternehmungen überhaupt befürchten, wird man den Personenvorkehr zwischen Riesa und Mühlberg einstellen, sofern Preußen und Sachsen nicht andere Maßnahmen treffen.

— **(Nordhausen, 8. April.** (Unser neuer Oberpräsident.) Graf Hegel, weil heute zum ersten Male in unserer Stadt, um am Festakt der höheren Mädchenschule teilzunehmen.

— **(Nordhausen, 8. April.** (Zum Vorsitzenden der Nordhalsstammer) wurde anstelle des verstorbenen Stadtältesten Schmidt der bisherige stellvertretende Vorsitzende Fabrikant Otto Herzer und an seiner Stelle zum stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikant Volkmar Niemann gewählt.

— **Altena, 8. April.** (Hochwasser.) Infolge des anhaltenden Regenwetters am Montag ist die Helme aus ihren Ufern getreten, wofür die Wiesen und angrenzenden Acker weithin unter Wasser stehen.

— **Rehmstedt, 6. April.** (Gutsverkauf.) Frau Nebelkind in Erfurt, welche hier ein 243 Morgen großes Gut besaß, hat es an einen Herrn aus Kassel für 120 000 M. verkauft.

— **Leipzig, 8. April.** (200 M. ins Portemonnaie) gelogen hatte sich ein Neubild wohnender Schneidermeister, der bei der Polizei angezeigt hatte, daß ihm in einem Lokale im Raubdörfer ein Portemonnaie mit 1265 M. gestohlen worden sei. In einem 24 Jahre alten Maurer aus Weiskensfeld wurde der Dieb ermittelt und festgenommen und mit ihm ein 30 Jahre alter Arbeiter aus Breslau und eine Schloßershefrau von hier. Der Maurer verhaftete aber nur 27 M. nicht 1265 M. in dem Portemonnaie vorgefunden zu haben. Die Erörterungen ergaben denn auch, daß der Schneidermeister, an dem Tage nur 65 M. besaßen und davon stichig geistert hatte, die der Diebstahl verübt wurde. Es stellte sich aber weiter heraus, daß das Geld gar nicht sein Eigentum gewesen war, sondern daß er es von seiner Wittiv zum Besahen des Mietzinses anvertraut erhalten hatte. Nunmehr wird sich der Mann mit dem „großen Portemonnaie“ noch wegen Unterschlagung zu verantworten haben.

— **Leipzig, 8. April.** (Geheimrat Wilhelm Scheibner.) Ordinarius der philosophischen Fakultät der hiesigen Universität, ist heute vormittag im 83. Lebensjahre an den Folgen eines Herzleidens gestorben.

— **1. Burgbild der Chemnitz, 7. April.** (Verhaftung eines Rediganten.) Vor etwa 14 Tagen wurde der hier wohnende Rechtsanwält Selzer unter Mitnahme von 20 000 M., die einem Kontursverfahren gebühren, stichig. Es wurde hinter ihm ein Steckbrief erlassen, auf Grund dessen er gestern in Wien verhaftet worden ist.

Vermischtes.

Die Betriebsergebnisse der deutschen Krematorien ergaben für Januar und Februar d. S. gegen die gleichen Monate des Vorjahres einen Zuwachs von 233 Einäscherungen, gleich 60 v. S. Es fanden in diesen Monaten 254 Verbrennungen statt gegen 471 im Januar und Februar vorigen Jahres. Den Hauptanteil an dieser Ziffer hatten die Krematorien von Chemnitz und Gotha, in denen je 118 Einäscherungen vorgenommen wurden; dann folgen Hamburg (mit 108), Bremen (mit 64), Jena (mit 53), Mainz (mit 50) ufm. Eine religiöse Feier fand bei utgäufig zwei Dritteln dieser Verbrennungsakte statt.

Wierlöser. Aus München s schreibt man: Das Bier reut wieder einmal die Gemüter auf. Die Brauereien wollen den Wirten im Sommer außer dem üblichen Sommerbier zu 20 M. pro Hektoliter, das zu 28 M. pro Liter verkauft werden soll, auch noch Winterbier zu 18,50 M. pro Hektoliter, das zu 26 M. pro Liter verkauft werden soll, liefern. Die Wirte wollen aber dafür nur 18 M. bezahlen. Wenn die Brauereien darauf nicht eingehen, so wollen die Wirte in großen Protestversammlungen dem Publikum kund und zu wissen tun, daß nicht sie, sondern die Brauereien die Bierverteuerer sind, auf deren Säupter sich dann die Flüße des trinkenden Münchens zu entladen hätten!

Wegen größter Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit durch Schaustellungen wurden auf polizeilichen Antrag die Leiter von vier Paris er Vergnügungs-Etablissements vor das Polizeigericht gestellt. Die Verfolgung wird auf die Darstellern der Vergnügungs erregenden Gruppen ausgedehnt werden. Veranlassung zu diesen Maßnahmen gab eine an den Präkten Epine gerichtete Mahnung des Senators Brenger. Der Akademiker Anatole France nimmt im Messidor Stellung gegen die Maßnahmen in den Vergnügungs-Etablissements. Er will, daß bei öffentlichen Schaustellungen keine neue und eckelhaft getten soll als der Geschmack des Publikums. Dieses habe in seiner großen Mehrheit an den Senator Brenger beanstandeten Gruppen Gefallen gefunden, sonst hätten die Direktoren ihr Programm längst geändert.

Die Rabfahrer der Königin. Aus Rom wird der „S. J. a. R.“ geschrieben: Jedermann kennt in Rom die in buntenblaue Trifots gekleideten Rabfahrer, die flint und gewandt neben und hinter dem Automobil der Königin-Mutter herumzuschwärmen pflegen. Seit dem Attentat von Monza ist sie stets auf ihren Fahrten von dieser kleinen Schutztruppe begleitet. Jetzt ist unter den armen Jungen eine löndere Epidemie ausgebrochen, der einer von ihnen bereits erlegen ist, während die anderen fünf mit hohem Fieber im Hospital liegen. Die Krankheit, die durchaus nicht auf jedes Rabler beschränkt ist, zeigt bei allen die sonst verächtlichen Symptome einer malarischen Infektion, besonders eine außerordentliche Anämie der Wirtz. Niemand weiß sich die Ursache dieser gefährlichen Erkrankungen zu erklären, wenn sie nicht vielleicht davon zu liegen ist, daß die durch überaus schnelles Fahren in der Campagna erhöhten und erschöpften Leute ihren Durst mit verpestetem Wasser gelöscht haben.

Ein italienischer Aprilscherz. Die bevorstehende Heirat des Herzogs der Abruzzen mit der Amerikanerin Miss Elkins wurde von der „Gazette“ in Turin zu einem gut gelungenen Aprilscherz benutzt. Die Zeitung machte am Dienstag morgen bekannt, daß am Nachmittag Miss Elkins von Paris aus in Turin eintreffen werde. Die Folge dieser Nachricht war, daß sich eine enorme Menschenmasse vor dem Bahnhofsgebäude ansammelte. Die Fotografen waren besonders stark vertreten. Als der Zug eintraf, entstieg ihm eine junge, dunkelhaarige Engländerin, die sich zu ihrem nachfolgenden Staunen von einer sie sofort umdrängenden Menschenmasse mit wilder Begeisterung begrüßt sah, während auf allen Seiten die Fotografen ein Bild nach dem anderen machten. Die junge Engländerin mußte glauben, unter Verzeihung geraten zu sein. Sie erschrak und brach schließlich in Tränen aus. Schließlich kam die Menge auf den Gedanken, daß die junge Dame vielleicht doch nicht Miss Elkins sei, und verschwand schnell.

Der Würder der Kaiserin Elisabeth wohnsinnig! Aus Genf wird gemeldet: Der Würder der Kaiserin Elisabeth, Lucien, ist wohnsinnig geworden. Die Wexze haben bei ihm Paralyse festgestellt. Man erwartet sein baldiges Ableben.

Millionen auf der Straße. 500 Franz für zwei Sous! Zwei Sous die Nochetto-Artie! beflissen gestern und vorgelesen mit heileren Stimmen die Ausrufer den über die großen Boulevards schwebenden Bummeln und den eifrigeren Passanten in Paris ihre Ohre und frecken mit schmierigen Händen jedem andringend, sich große Bündel schönbedruckter, gestempelter und mit fröhlichen Unterfertigten verlegener Papiere unter die Nase. Da und dort sieht man ein Knechtlicher stehen und feste zögern die Hand in die Tasche. „3 wei 5 sou!“ Das kommt man schließlich immer wagen. Eine Lokerte mit eine andere Sprach man nicht schon überall davon, daß Nochetto, der kleine Grüber, nur einer Intrigue seiner Feinde zum Opfer gefallen, daß die Intrigue bereits enthielt und die Freilassung des Verhafteten nur noch eine Frage der Zeit sei? Setzt aber nie war der Moment, die Aktion seiner Unternehmungen zu ermerhen. Morgen schon war man vielleicht um ein kleines Kapitälchen reicher, das einem der Zufall in den Schoß warf. Esoter unbeseligen wanderten so die schönen Papiere in die Brusttasche der neugedankenen Aktionäre und die Zweifelsfälle in die fettigen Finger der Camelots, die über das gute Geschäft vergnügt schmunzelten. Dann kam schließlich die Polizei und machte der wilden Boulevardsbörse ein jähes Ende. Zu Hause aber darften die trüben Aktionäre sich in Waße den Schanden befehen; sie hatten keine Makatur eingeworfen, Aktien und Obligationen langst verlorener Gründungen, die mit Nochettes Unternehmungen nicht die mindeste Beziehung hatten und von ihren Passagen in Erkenntnis der guten Konjunktur massenhaft auf die Straße geworfen worden waren. Geschäft ist Geschäft. . . .

Das Hinblühen der Gräfin Fabrice. Ein tragikomisches Mißgeschick ist einer deutschen Gräfin beim Betreten des englischen Bodens zugefallen. Der Kammerherr Graf und Gräfin Fabrice aus Dresden mußten gestern vor dem Doverer Richter erscheinen, da sie entgegen dem strengen Hundebinlichverbot verlustig hatten, ein Hundchen vom Calaisdampfer in England einzuschleppen. Die Gräfin hatte etwas verächtlich leichtig ausgegesehen, und bei näherer Untersuchung fand man, daß sie — unter der Felleiden einen Gef mit dem inkriminierten Hundchen verborgen trug. Der das Ehepaar vertretende Anwalt machte die Unkenntnis des Gesetzes bei seinen Klienten geltend, und so kam das Ehepaar jetzt gelinde mit 100 Mark Geldstrafe und den 1. in des Verschaffens davon. Der Hund wurde zur geordneten Behandlung dem Tierarzt übergeben.



I. Ziehung 4. Klasse 218. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. April 1905, vormittags.
Was die Gewinne über 12 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 111, 112, 113) and prize amounts (e.g., 1000, 500, 250).

II. Ziehung 4. Klasse 218. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. April 1905, nachmittags.
Was die Gewinne über 12 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes for the second drawing. Columns include winning numbers (e.g., 111, 112, 113) and prize amounts (e.g., 1000, 500, 250).

Main lottery table with multiple columns of numbers and prize amounts. Includes various prize categories and winning numbers.

Frankreichs Senat.
Paris, 8. April. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf an, der das Trennungsgesetz hinsichtlich des Heimfallens der Kirchengüter abändert, und bemitleidet ferner 85 000 Fracs für die Ueberführung des Reichs Salzes in das Reichthron.
Frankreichs Deputiertenkammer.
Paris, 8. April. Infolge der vom Senat in dem Amneftementur und dem Gesetz betr. Heimfall der Kirchengüter vorgenommenen Veränderungen, die die neuerliche Beratung dieser Vorlagen in der Kammer notwendig machen, würden die Parliamentsfiguren wachsamstündlich am Freitag oder Sonnabend geschlossen werden.
Anfangs über einer Hochzeitsgesellschaft.
Paris, 8. April. In dem Dorfe Mortier bei Voitiers rückte das Daheiner Schützen, in der eine große Anzahl von Personen zu einer Hochzeitsfeier verlammt war. Zwei Gäste wurden getödtet, mehrere andere schwer verletzt.
Zum Gefecht d'Amades am 15. März.
Paris, 8. April. Eine haussidige Meldung besagt, daß der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten sich vom 15. März beschäftigt und festgestellt hat, daß wenn in diesem Gefecht aus 14 000 Mann 10 000 zum Opfer gefallen sind, dies einem im Krieg unvorhergesehenen Zufall zuzuschreiben sei, für den keineswegs General d'Amade verantwortlich gemacht werden könne. Der Ausschuss beschloß, den Bericht d'Amades im „Journal officiel“ zu veröffentlichen.
Die Volksabstimmung über die Kongofrage abgelehnt.
Brüssel, 8. April. Der von dem liberalen Senator Janrey eingebrachte Gesetzentwurf, der darauf abzielt, die Kongofrage durch eine Volksabstimmung zu unterwerfen, wurde in der heutigen Sitzung des Senats mit 47 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission von 17 Mitgliedern mit der Prüfung der Kongofrage zu beauftragen.
In der Deputiertenkammer wurde beschlossen, zur Erzielung der außer der Kongofrage auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen vom nächsten Mittwoch ab vormittags Sitzungen abzuhalten. Ein Antrag des liberalen Janon, am Mittwoch, den 15. April, die Kammer zu verlegen, wurde abgelehnt. Die Kammer wird also keine Osterferien machen und auch während der Karwoche tagen.
Einweihung des deutschen Seemannsheim in Brunsfel.
London, 8. April. In Anwesenheit der Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein wurde heute das deutsche Seemannsheim eingeweiht.
Borgerieflische Klattanten.
Wissbaden, 8. April. Als heute nach 3 Uhr zwei als Zivildienst getriebene Soldaten vor der Tür zur Wohnung des Kommandanten eines Geländes der Stabkirche in der Nähe der Straße Kirchbühlchen fanden die beiden Soldaten in ihrem Blute schimmern auf, den einen tot, den anderen lebend. Gleich schickte mehrere Männer in einiger Entfernung stehen. Abgehoben von diesem Vorfalle war die Stadt in Wissbaden ruhlos. Von dem am 5. April in der Kirche des hl. Dominikus Verurteilten sind 2 1/2 Jahre Verurteilung erliegen. Der Patriarch von Wisbaden hat den Gottesdienst in der Dominikuskirche und in der Alcantarikirche unterjagt.
Parlamentarisches aus Gießen.
Wehrh, 8. April. Die Regierungspartei beschloß, an der Bildung eines Koalitionskabinetts nicht teilzunehmen. Die Durchführung der neuen Wahlen bleibt der Opposition überlassen, falls die Regierung nicht das Kabinett vollständig konstatirt. Die Opposition hat daran fest, daß nur ein Koalitionskabinet freie Wahlen gewährleisten könne. Da die Oppositionsparteien den Vermittlungsvorschlag der Regierung betr. Genehmigung eines Budgetprojekts für April ablehnten, ist die Auflösung der Stupfaktina unvermeidlich. Der König empfing gestern und heute zahlreiche Politiker. Die Beratungen werden fortgesetzt.
Paris, 8. April. Der Professor der Chirurgie, Perrier, ist heute im Alter von 71 Jahren gestorben.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Das Kaiserpaar im Mittelmeer.
Palermo, 8. April. Das Kaiserpaar nahm heute nachmittags den Tee in der Villa Florio ein und machte dann eine Spazierfahrt nach der Villa Favorita. Der Kaiser besuchte vorher Ferruccio. Der Monarch hat an die beiden Kommandanten von „Ferruccio“ und „Carole“ sowie an die Offiziersmessen beider Schiffe sein Bild geschenkt. Ferner an die älteren Offiziere des „Ferruccio“ Orden verliehen.
Die Büste des Altsteinzeitlers in der Walthalla.
München, 8. April. Der Prinzregent hat an den Kultusminister ein Handbillet gerichtet, worin er anordnet,

daß die Walthalla mit der Büste des ersten Reichstagners fürsten Otto von Bismarck schmückt werde und daß die Aufstellung der Büste abschn nach der 10. Wiederkehr des Todesjahres des Fürsten erfolgen solle.
Die verstorbenen Duellanten.
Wien, 8. April. Das Duell zwischen den Abgeordneten Bergmann und Graf Sternberg hat heute abend stattgefunden. Bergmann wurde am rechten Oberarm verletzt. Die Gegner schieden verfehlt.
Verheiratete Generalsruin.
Budapest, 8. April. In der großen Gemeinde (Komitat Abauj-Torna) ist heute vor Morgenrunden Feuer aus, das im Sturmbau rasch und sich greifend und 36 Wohnhäuser mit sämtlichen Nebengebäuden einschlugte.

Briefkasten der Saalezeitung.

(Jeder Anfrage ist die Annoncenabteilung beizulegen.)
Alter Abonnent und eifriger Käufel. Ihre Lösung ist uns allerdings rechtzeitig und richtig zusammen mit einer Anzahl anderer zugegangen, kam aber nicht zur Veröffentlichung, weil die Namen durch ein beuerliches Versehen sämtlich abhanden gekommen sind. Wir bitten um Entschuldigung.
A. W. St. 115. Schreiben Sie unter ausführlicher Darlegung des Falles an die hiesige Steuerkasse.
F. S. 6. Elektrische Böder werden im Schloss-Bad, Leipzigerstraße 30, Heilfürsorge im Zentralbad, Schulstraße 11, verabfolgt. Dort dürfen Sie auch nähere Auskunft erlangen.
Leitung: Wilhelm Georg.
Berantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Fortschrittlichen, Gericht und Sport: Eugen Brunnmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schumann; für den Handelsteil: Fritz Hanig; für den Intellektuellen: Fritz R. Schmidt; in Halle a. S.: Otto Gendel. Einladungen in Halle a. S.
— Diese Kammer umfasst ein Blatt —
(einstündlich „Unterhaltungsblatt“.)

Familien-Nachricht.

Statt besonderer Anzeige.
Todes-Anzeige.
Seute früh verchied nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter und Schwester
Frau Helma Borchert, geb. Apel.
Galle a. S., 7. April 1905. Dr. Paul Soroket.
Das Begräbnis findet Freitag nachm. 3 Uhr von der Kapelle des Stadt-Gottesackers aus statt.
7128

